



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

P/XII/226 - 3. Oktober 1957

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170
Fernsprecher 21831 - 33
Fernschreiber 0686890

Hinweise
auf den Inhalt:

Vor der Begegnung Dulles-Gromyko	S. 1
Das Schicksal eines spanischen Franco-Gegners	S. 2
Immer noch stockt der Flüchtlingswohnungsbau	S. 4
Nachspiel zum Bundestagswahlkampf	S. 6

Schaffung einer atomwaffenfreien Zone ?

A.E. Zwei Ankündigungen der letzten Tage verdienen besonders hervorgehoben zu werden. Sie erfolgten fast gleichzeitig und stehen miteinander in einem engen Zusammenhang. Der amerikanische Außenminister Dulles bekundete seine Bereitschaft zu einem persönlichen Gespräch mit dem Außenminister der Sowjetunion, Gromyko, am kommenden Sonnabend. Gromyko hat die Einladung angenommen. Das Gespräch wird sich um die Abrüstungsfrage und um das Nah-Ost-Problem drehen, Fragenkomplexe also, die lebenswichtige Interessen der beiden Weltmächte direkt berühren.

Nast zur gleichen Zeit erklärte vor der UNO-Vollversammlung der polnische Außenminister Raszcki, Polen sei bereit, auf die Produktion und Lagerung von Kernwaffen zu verzichten, wenn sowohl die Bundesrepublik als auch die Sowjetzonenrepublik den gleichen Schritt tun. Dieser Vorschlag ist um so bedeutsamer, als er mit anderen Ländern des Warschauer Paktes abgesprochen worden war. Sicherlich ist er geeignet, den Bemühungen um die Abrüstung neue Impulse zu geben.

Die Begegnung zwischen dem amerikanischen und dem sowjetrussischen Außenminister fällt in einen Zeitpunkt, der durch den Stillstand der Londoner Gespräche gekennzeichnet ist. Was in London nicht gelang, soll nun vor dem Forum der Vereinten Nationen versucht werden. Wie zu erwarten war, umrissen die Sowjetunion und die Vereinigten Staaten noch einmal ihre gegenseitigen Positionen und Auffassungen, ohne etwas Neues

hinzuzufügen. Moskau legt Wert auf die sofortige Einstellung aller nuklearen Versuchsexplosionen und auf die Achtung der A- und H-Bomben. Es kommt damit einem über die ganze Welt verbreiteten Verlangen entgegen und weiß diesen Vorteil propagandistisch zu nutzen. Die Vereinigten Staaten wiederum wollen auf Versuchsexplosionen und auf Anwendung von Atomwaffen im Kriegsfall nicht verzichten, so lange nicht ein lückenloses System der gegenseitigen Kontrolle gewährleistet ist. Mit großem Geschick hat der amerikanische Chefdelegierte bei der UNO, Lodge, den amerikanischen Standpunkt dargelegt. So unvereinbar sind die Gegensätze allerdings nicht. In den Vorschlägen beider Seiten sind Elemente enthalten, die sich, sofern es beide Seiten nur wollen, leicht zu einem Kompromiß verdichten lassen. Einen hoffnungsvollen Hinweis gibt die amerikanische Zustimmung zur Einstellung der A- und H-Bombenexplosionen für eine auf zwei Jahre befristete Zeit als erste Stufe im Rahmen eines allgemeinen Abrüstungsabkommens.

Von Dulles selbst ist die Anregung zum Gespräch unter vier Augen mit seinem russischen Gegenüber Gromyko ausgegangen. Gewiß wäre es unrealistisch, von dieser Begegnung allzu viel zu erwarten, aber immerhin unterstreicht sie das Bestreben der Vereinigten Staaten, das direkte Gespräch mit der Sowjetunion nicht abreißen zu lassen, woran auch Moskau aus vielen innen- und außenpolitischen Gründen kein Interesse haben dürfte. Beide Weltmächte sind in der Lage, sich gegenseitig tödliche Schläge zu versetzen, und beide Weltmächte sind offenkundig bemüht, keine Situationen und Entwicklungen entstehen zu lassen, die sie zwingen, die Vernichtungswaffen gegeneinander zu ergreifen. So besteht trotz allen propagandistischen Getöse und aller Anklagereden zwischen Washington und Moskau ein geheimes Einverständnis, das seinen sichtbarsten Niederschlag in der neuen These der amerikanischen Außenpolitik gefunden hat, es nicht wegen jedem kleinen, regional bedingten Konflikt zu einem Kriege mit der Sowjetunion kommen zu lassen. Die USA werden nur dann eingreifen, wenn es in einem Konflikt um Abwehr auf Anschläge gegen ihre eigene Existenz geht.

Damit wurde der Theorie der Abschreckung ein vernichtender Schlag versetzt. Die neue Theorie besagt, auf die Mitglieder des Atlantik-Paktes bezogen, daß nicht in jedem Fall ein Mitglied zu seinem Schutz mit dem vollen Einsatz der Vereinigten Staaten rechnen kann, wenn es in einem lokalen Konflikt verwickelt wird. Das besagt aber auch, daß die europäischen Mitglieder des Atlantik-Paktes ihre Haltung zur Sowjetunion

3. Oktober 1957

überprüfen und ihre Politik darauf abstellen müssen, von sich aus auch Anstrengungen zu machen, regionale Konflikte auf dem europäischen Kontinent auszuschalten.

So gesehen kommt dem Vorschlag des polnischen Außenministers Rappacki, in Europa eine von nuklearen Waffen freie Zone zu schaffen, eine geradezu wegweisende Bedeutung zu. Er trifft sich auch mit den Ideen des amerikanischen Senators Humphrey, dem Vorsitzenden des Unterausschusses für Abrüstungsfragen im amerikanischen Senat. In dieser aufsehenerregenden Denkschrift des Senatsausschusses wird der Mangel an Elastizität in der amerikanischen Deutschland- und Europapolitik beklagt und nüchtern festgestellt, ein freies und wiedervereinigtes Deutschland lasse sich nicht erreichen, wenn man an der gegenwärtigen Politik der Bewaffnung beider Teile Deutschlands und ihrer Bindungen an den NATO- und Warschauer-Pakt festhält. Humphrey befürwortet die Einberufung einer neuen Viermächte-Konferenz, die ernsthaft herausfinden soll, ob irgend eine Grundlage für die Versöhnung der bisher diametral entgegengesetzten Standpunkte der westlichen Mächte und der Sowjetunion in der Deutschlandfrage besteht. Humphrey ahnt die Gefahren, die aus der ungelösten Deutschlandfrage und aus einer atomaren Bewaffnung der Bundeswehr für den Frieden in Europa und der Welt sich entwickeln können.

Es bedarf freilich nicht vieler Phantasie, sich vorzustellen, wie unendlich schwierig es sein wird, den Frieden in Europa zu sichern, wenn beiderseits des Eisernen Vorhanges eine Konzentration von Atomwaffen sich schon vollzogen hat. Die beste Friedenssicherung für Deutschland besteht, wie Carlo Schmid in seiner hessischen Rundfunkrede es ausdrückte, darin, sich militärisch uninteressant zu machen. Der Wille Polens und anderer Staaten des Warschauer Paktes, auf Atomwaffen zu verzichten, gibt der Bundesrepublik neue Chancen, ihre bisherige Ostpolitik im Sinne der Stärkung des Friedens zu aktivieren und somit jene Grundlagen mitzuschaffen, auf denen sich die Verwirklichung der deutschen Einheit vollziehen kann.

+ + + + +

Comoreras Weg

Von einem gelegentlichen Mitarbeiter

Als kleine Notiz ist jetzt die Meldung durch die Weltpresse gegangen, daß Juan Comorera, der Führer der früheren Sozialistischen Einheitspartei Kataloniens (P.S.U.C.), durch ein frankistisches Sondergericht in Barcelona zu dreißig Jahren Kerker verurteilt wurde. Hinter dieser knappen Zeitungsmeldung verbirgt sich die persönliche und politische Tragödie eines Mannes, der durch die kommunistische Propaganda jahrelang auf den Schild gehoben war und als "katalanischer Caballero" gepriesen wurde. Juan Comoreras P.S.U.C. galt in der kommunistischen Propaganda als das Vorbild einer sozialistischen Einheitspartei, wie sie aus der "Einheitsfront" mit den Kommunisten herauswächst und wie sie vor einigen Jahren in den osteuropäischen Ländern durch Zwangsvereinigung mit der Sozialdemokratie nachgebildet wurde.

Während der Jahre des spanischen Bürgerkrieges war Comorera ein Aktivposten für die bolschewistische Durchdringung Spaniens. Er war der erste Fierlinger und Gretewohl und sollte bald große Schule machen. Als in Madrid und im übrigen republikanischen Spanien die kommunistische Partei noch in den ersten Ansätzen war, da hatte sie dank Comorera und der P.S.U.C. in Katalonien bereits die Schlüsselstellung in der Regierung inne. Comorera selbst hatte sich auch nur aus taktischen Gründen den Kommunisten verschrieben. Es ging ihm darum, aus seiner traditionellen Stellung einer kleinen Minderheitsgruppe herauszukommen und sich mit bolschewistischer Hilfe gegen das anarchosyndikalistische Gros der katalanischen Arbeiterbewegung durchzusetzen. Comorera hatte eine große politische Erfahrung hinter sich und hoffte, durch den bolschewistischen Beistand schnell zu erstarken, und gleichzeitig sowohl die Partei als auch das Oberkommando fest in der Hand zu behalten. Statt dessen wurde er bald eine kleine Schachfigur im russischen Spiel.

Diese Erfahrung bewirkte, daß sich Comorera in der Emigration schrittweise und allmählich wieder aus der kommunistischen Verbindung löste. Als er einige Jahre nach dem zweiten Weltkrieg wieder der politischen Arbeit Kataloniens sich zuwandte, sah er angesichts des tiefen Hasses der Arbeitermassen gegen die kommunistischen Führer, daß der Bruch mit der kommunistischen Vergangenheit geradezu eine Voraussetzung für ihn war, zur politischen Arbeit im Lande zurückzukehren.

Der Stolz der kommunistischen Einheitsfront-Propaganda der dreißiger Jahre, die P.S.U.C., ist tatsächlich vor etwa fünf Jahren ohne Aufhebens liquidiert worden. In einem gewissen Sinne entbehrt dieser Vorgang nicht der politischen Symbolik: die erste Einheitspartei ist auch als erste gestrandet und zu Grunde gegangen. Comorera hat seine Schuld an der kommunistischen Vergangenheit und deren politischen Verbrechen durch aktive politische Arbeit im Land, durch illegale Arbeit gegen Franco, zu sühnen gesucht.

Während er nun als alter und kranker Mann durch die Franco-Justiz zu dreißig Jahren Zuchthaus verurteilt ist, hüllt sich die kommunistische Presse hartnäckig über ihren gestrigen katalanischen Schildträger und seine aufgelöste Partei in Schweigen. Es überkommt einem aber bei dem Ganzen ein widerwärtiger Beigeschmack, wenn man gleichzeitig aus öffentlichen Darlegungen des spanischen Sozialistenführers Indalecio Prieto erfährt, daß zu derselben Zeit, da der ehemalige Kommunist Comorera ins Gefängnis wandert, einige aktive kommunistische Führer, offiziell und legal mit Visa und Laissezpassiers der konsularischen Vertretung Francos in Mexiko ausgestattet, politische Informationsreisen durch Spanien unternommen haben und wohlbehalten zurückgekehrt sind, um dem Zentralkomitee Bericht zu erstatten. Vielleicht ist es in diesem Zusammenhang auch nicht zufällig, daß in der letzten Zeit eine Aktivierung der Handelsbeziehungen zwischen Franco und den Ländern des Ostblocks begonnen hat und daß demnächst ein spanisch-russischer "kultureller Austausch" erfolgen soll. Es heißt, Chruschtschow will unbedingt Delegationen von Tänzern, Sängern, Fußballspielern in Moskau begrüßen.

Comorera wird vorerst in seinem Barcelonaer Gefängnis Muße haben, um über diesen "dialektischen" Zusammenhang der Entwicklung nachzudenken.

* * *

Beromünster/Schweiz: Politik Adenauers bietet kaum Aussicht,
der Wiedervereinigung Vorschub zu leisten.

"Der Bundeskanzler rechnet mit Fortschritten in der Frage der deutschen Wiedervereinigung und glaubt, daß die Sowjetregierung nach den vorliegenden Wahlergebnissen in Deutschland eher bereit sei, mit Bonn über die Wiedervereinigung zu sprechen. In diesem Punkte dürfte sich Bundeskanzler Adenauer täuschen. In Grunde weiß man in Westdeutschland in allen maßgebenden Kreisen, daß die Wiedervereinigung der beiden Deutschland weiter entfernt ist als je, und daß die Politik Adenauers kaum Aussicht bietet, der Wiedervereinigung Vorschub zu leisten. Denn die Wiedervereinigung Deutschlands setzt intensive und von einem Minimum an gegenseitigen Vertrauen getragene Gespräche mit Moskau und mit Warschau und mit Prag voraus . . ."

* * *

Unnötig verlängertes Lagerelend

5. Zwischen Bund und Ländern sind immer noch keine Vereinbarungen über die künftige Finanzierung des Wohnungsbaus für die Sowjetzonenflüchtlinge zustande gekommen. Das Baujahr geht zuende, aber in der Bundeskasse liegen ungefähr 350 Millionen DM, die für diesen Zweck bereitgestellt werden sollten, ungenutzt. Und viele tausend Flüchtlinge, denen man mit diesem Geld noch vor dem Winter eine Wohnung hätte bauen können, werden nun im Lager bleiben müssen.

Bund und Länder haben sich nämlich nicht einigen können, wie die Flüchtlingswohnungen in Zukunft finanziert werden sollen. Rechtlich ist der Bund nur verpflichtet, den Ländern 80 Prozent der Lagerbaukosten für die Unterbringung der Sowjetzonenflüchtlinge zu erstatten. Niemand aber möchte neue Lager bauen, und deshalb hatten sich Bund und Länder schon im Jahre 1953 grundsätzlich geeinigt, daß mit diesem ursprünglich für Lagerbauten bestimmten Geld unter höherer als der vorgesehenen finanzieller Beteiligung der Länder und des Bundes Neubauwohnungen für die Flüchtlinge errichtet würden. Zunächst zahlte der Bund für jeden Flüchtling 1500 DM an die Länder, die Länder gaben ungefähr 750 DM aus eigenen Mitteln hinzu. So konnte man einfache Vier-Personen-Wohnungen statt der geplanten Lagerunterkünfte finanzieren. 1953 kostete eine Vier-Personen-Wohnung nicht mehr als 9000 DM. Inzwischen sind die Baukosten jedoch gestiegen.

Der Bund, der ursprünglich nur 280 Millionen für diesen Wohnungsbau gegeben hatte, mußte die Kopfquote aufstocken, zuletzt auf 2000 DM. Da auch die Zahl der Flüchtlinge stieg, muß der Bund jetzt schon jährlich ungefähr 600 Millionen DM anstelle der ursprünglichen 280 Millionen aufwenden. Dennoch langt dieser Betrag angesichts der gestiegenen Baukosten nicht mehr aus. Die Länder müssen, um mit einem Bundeszuschuß von 8000 DM für eine Vier-Personen-Wohnung diese Wohnung wirklich bauen zu können, 4000 bis 6000 DM aus eigenen Mitteln zuschießen. Dies überschreitet ihre finanzielle Leistungskraft. Sie haben deshalb beim Bund darum ersucht, daß entweder die Kopfquote von 2000 DM heraufgesetzt oder eine andere Lösung gefunden werde.

3. Oktober 1957

- 5 -

Die Verhandlungen über dieses Problem schleppten sich seit Juni hin. Zunächst erklärte sich die Bundesregierung bereit, die Kopfquote auf 2500 DM zu erhöhen, unter der Voraussetzung, daß die Länder in jedem Falle ein Viertel der anfallenden Wohnungsbaukosten übernehmen.

Dieser Vorschlag wurde von den Ländern nicht angenommen. Später schlug der Bundeskanzler in einem Schreiben an die Regierungschefs der Länder vor, daß der Bund 50 Prozent der entsprechenden Baukosten des Sozialen Wohnungsbaues für die Errichtung der billigeren Flüchtlingswohnungen beisteuere. Das hätte etwa 60 Prozent der Baukosten der Flüchtlingswohnungen entsprochen. Auch hierüber ist keine Einigung erzielt worden.

Die Differenz zwischen den Baukosten, der Bundesbeteiligung und dem Länder-Viertel hätten die Länder auch noch tragen müssen.

Der Betrag von rund 550 Millionen DM, der nun in der Bundeskasse und bei den Ländern eingefroren ist, würde zum Bau von rund 40.000 Wohnungen, oder mehr als weniger, für über 16.000 Menschen ausreichen. Zum Teil haben die Länder in Erwartung einer späteren Einigung mit dem Bund aus eigenen Mitteln die Bausummen vorgestreckt. Aber es ist nicht zu bezweifeln, daß Zehntausende Flüchtlinge wegen dieses Streits noch monatelang, und das im Winter, in Lagern leben müssen. Im Grunde geht der Streit für den Bund um etwa 200 Millionen DM, die er zusätzlich zu den 600 Millionen, die er ohnehin gibt, bereitstellen müßte. Die Ansprüche an die Bundeskasse sind sehr gewachsen, aber diese 200 Millionen sollten eher da sein als viele andere, zumal viele Rüstungsausgaben.

Die Zahl der Flüchtlinge in den Lagern dürfte die 200.000er-Grenze überschritten haben. Man sollte ihnen mehr als bisher helfen. Der Vorschlag ihres Verbandes, ihnen Wohnungsschecks über die Kopfquote zu geben, damit sie sich den Weg zu den bedürftlich nicht erfaßten Wohnungen ebnen könnten, ist aus der Not geboren, aber er ist nur ein Behelf. Denn statt daß mit diesem Geld neue Wohnungen gebaut werden, würde es dann vermutlich zu einem großen Teil in der Inflation abfließen. Das ist mit all' den unerwünschten Nebenwirkungen auch nicht im Sinne der Flüchtlinge.

+ + + +

- 6 -

50 fällige Urteile

W.K. Kurz vor Beginn des Wahlkampfes zur dritten Bundestagswahl klang anlässlich einer Debatte im Bundestag über die Verwendung der Gelder aus dem Reptilienfonds des Bundeskanzlers noch einmal jene schmutzige Episode des Bundestagswahlkampfes 1953 auf, deren Hauptakteur Dr. Adenauer selbst war. Er hatte damals bekanntlich von zwei sozialdemokratischen Mandatsträgern, ohne auch nur einen Beweis für diese Ungeheuerlichkeit zu haben, behauptet, sie hätten je 10 000 DM Wahlgelder aus den Osten bezogen. In derselben Reptilienfonds-Debatte beschwor Adenauer die Abgeordneten, sie möchten doch den bevorstehenden Wahlkampf so "honorig" wie nur möglich führen. Zwischenruf der Sozialdemokraten "Wir werden Sie daran erinnern !"

Wahlkampf und Wahl sind zu Ende. Es wird allerdings noch Monate dauern, bis die letzten Strafanträge gegen die "honorige" Wahlkampf-führung der CDU/CSU verhandelt sind. Die Zwischenbilanz ist ebenso eindeutig wie erschütternd. Während bis zur Stunde kein einziger Strafantrag bekannt ist, der gegen die SPD oder einen ihrer Sprecher erstattet worden wäre, mußten allein vom Parteivorstand der sozialdemokratischen Partei in Bonn über 40 Strafanzeigen wegen Körperverletzungen, Beleidigungen, Sachbeschädigungen und Übertretungen des Pressegesetzes hauptsächlich gegen die CDU oder deren Earningsorganisationen eingereicht werden. Nach einem vorläufigen bisherigen Überblick mußten fast noch einmal 40 Strafanzeigen wegen der gleichen Delikte von Unterorganisationen der SPD gegen dieselbe "honorige" Wahlkampf-firma erstattet werden.

Das Schmutzrepertoire im letzten Wahlkampf ist vielseitig wie nie zuvor. Es beginnt mit den boshaften Verleumdungen über die Stellungnahme der sozialdemokratischen Parlamentarier bei den Ausarbeitungen des Grundgesetzes in einer katholischen Kirchenzeitung und endet bei den östlichen Wahlkampfgeldern, die der SPD diesmal nicht mehr nur 20 000 DM, sondern viele Millionen eingebracht haben sollen.

3. Oktober 1957

- 7 -

Die Flüsterparolen in Niedersachsen, die Jugendliche einem Bremer Senator gegenüber offen aussprachen, wußten von 18 Millionen DM Wahlhilfe der Sowjets für die SPD. Der Flüchtlingssekretär der CDU in Baden-Württemberg, Josef Wolf, wiederum führte auf einer Versammlung der CDU in Ulm etwa folgendes an: Der sozialdemokratische Bundestagsabgeordnete Mehner habe 100 000 Sowjetrubel erhalten. Die CDU habe keine Millionenwelder, aber die CDU habe es auch nicht nötig, ihren Wahlkampf mit Sowjetrubeln zu führen. Die Kommunisten würden die SPD beim Wahlkampf und bei der Wahl unterstützen, und wer die SPD wähle, wähle diese Kreise.

Tages- und einzelne Kirchenzeitungen berichteten Tage vor der Wahl, Interorganisationen der SPD hätten mit der verbotenen KPD regelrechte "Bündnisverträge" abgeschlossen. In ihnen sollen sich die Kommunisten zur Verteilung des SPD-Wahlmaterials bereit erklärt haben, nachdem ihnen von Seiten der SPD versichert worden sei, man werde dafür sorgen, daß das Verhältnis zur sogenannten DDR nach den Wahlen "normalisiert" würde.

Genug der "Honorigkeiten" von CDU/CSU-Wahlkämpfern. Man hat in diesem Wahlkampf gegen die SPD mit den vielen Verleumdungen, Beleidigungen und Verdrehungen alle Register des Schmutzes gezogen in der Hoffnung, je dreister die Behauptung umso wahrscheinlicher ihre Glaubwürdigkeit. Noch sind die Ermittlungen der Gerichte im Gange, es wird Monate dauern, bis die letzten Urteile gefällt werden. Die Wahlentscheidung allerdings ist längst gefallen - auch für die Gutgläubigen, die ihren "honorigen" Wahlkämpfern nur fromme Worte und christliches Handeln zugetraut haben. Es bleibt die Frage, wie oft sich Michel Brenner muß, um das Feuer zu schauen?

+ + + +

Verantwortlich: i.V. Albert Exler